

FORUM

Druck muss spürbar werden

Zur Umfahrung Wolhusen

Seit mehr als 50 Jahren wartet eine ganze Region auf diese Umfahrung. Die zuständige Kommission des Kantonsrates startet nach den Sommerferien zu ihren Beratungen für das nächste Strassenbauprogramm. Es ist wichtig, dass der Druck aus unserer Region nun spürbar wird, denn die Umfahrung ist nicht nur wichtig für Wolhusen, sondern sie ist zentral für die ganze Region. Das sieht man auch an der neu gegründeten Interessengemeinschaft, die sehr breit und in der ganzen Region abgestützt ist. Gerade für Randregionen ist eine gute Erschliessung auf Strasse und Schiene wichtig. Nur so gelingt es uns, die ländlichen Regionen auch wirtschaftlich attraktiv zu halten. Für unser Unternehmen ist es wichtig, dass wir und unsere Mitarbeiter nicht stundenlang im Stau stehen. Der Kanton Luzern muss sich als Ganzes entwickeln. Das Bekenntnis zur Umfahrung Wolhusen ist ein Zeichen dafür, dass die Regierung und der Kantonsrat dieses Ziel im Auge haben.

BASIL GASSER, GESCHÄFTSFÜHRER GAWO WOLHUSEN UND SCHIBI-HOLZ SCHÜPFHEIM



Andreas Z'Graggen, Ombudsmann Ihrer Neuen LZ

Hier sind Sie an der richtigen Adresse

Gerne rufen wir wieder einmal in Erinnerung, welche Möglichkeiten einer kritischen Rückmeldung Ihnen als Leser oder Leserin zur Verfügung stehen.

1. Haben Sie Fragen zu bestimmten Teilen der Zeitung oder zu grundsätzlichen Problemen, so wenden Sie sich bitte direkt an die Redaktion. Intern wird dann Ihr Schreiben an die zuständige Stelle zur Beantwortung weitergeleitet.

OMBUDSMANN

2. Erhalten Sie innert nützlicher Frist keine oder eine für Sie unbefriedigende Antwort, schicken Sie Ihre Korrespondenz mit allfälligen Belegen an den Ombudsmann der Neuen LZ, Andreas Z'Graggen, Neue Luzerner Zeitung Postfach 3359, 6002 Luzern. E-Mail-Adresse: andreas.zgraggen@luzernerzeitung.ch

3. Ihr Ombudsmann wird dann der Sache nachgehen und Ihnen seine Stellungnahme bekannt geben. Ihre Anfrage und die Antwort bleiben vertraulich. Mit Ihrem Einverständnis kann auch die Redaktion informiert werden.

4. Die Ombudsstelle ist nicht mit der Redaktion der Leserbriefe gekoppelt.

REDAKTION FORUM



Traumhafte Abendstimmung

Die letzten Wochen haben uns ein paar geradezu traumhafte Abende geschenkt. Hier drehen zwei Schwäne in Sempach die letzte Runde, bevor die Nacht hereinbricht.

Leserbild Corinne Schnyder, Schenkon

Wie ausgereift ist die Metro-Idee?

«Metro-Idee findet erste Fans», Ausgabe vom 12. August

Ostern und Weihnachten am gleichen Tag. Diesen unerfüllbaren Wunsch wollen sich wohl einige Politiker mit der gleichzeitigen Realisierung einer Metro Ibach-Schwanenplatz und eines Tiefbahnhofs Luzern erfüllen. Gemäss den vorliegenden Projekten würde der Tiefbahnhof Luzern rund 2,4 Mrd. Fr. und damit etwa doppelt so viel kosten wie früher angenommen. Das Metro-Projekt würde zusätzlich noch etwa eine halbe Milliarde Franken verschlingen. In Anbetracht der finanziellen Unselbstständigkeit des Kantons Luzern, als Netto-bezüger von 370 Mio. Fr. aus dem nationalen Finanzausgleich, dürften die anderen Kantone auch noch ein gewichtiges Wort bei diesen Investitionen mitreden.

In der Schweiz gibt es unzählige Infrastrukturbauvorhaben, die nicht alle gleichzeitig finanziert werden können. Eine planerische Neubeurteilung der Lage ist angesagt. Ist es nicht sinnvoller, den Spatz in der Hand zu halten, als die Taube auf dem Dach zu haben?

Es ist an der Zeit, sich zeitlich und finanziell realisierbaren Projekten zuzu-

wenden. Frau Bundesrätin Doris Leuthard hat an der Eröffnung der Zentralbahn-Haltestelle Messe Luzern klar ausgedrückt, dass der Bund die Summe von 800 Mio. Fr. für den Doppelspur-Ausbau am Rotsee reserviert habe. Diese Gelder seien abrufbereit.

Die Kombination einer von Investoren finanzierten Metro mit dem vom Bund finanzierten Ausbau Doppelspur-Rotsee, mit einer neuen Reussbrücke nach Emmenbrücke, sollte nun umgehend geprüft werden. Mit diesem Kombi-Projekt könnten die Innenstadt und auch der Bahnhof von Luzern entlastet werden, und es würden die dringend erforderlichen Parkmöglichkeiten ausserhalb des Zentrums geschaffen. Eine neue Haltestelle Rotsee, für die Metro und den Zug, würde zudem das Naherholungsgebiet am «Göttersee» zusätzlich erschliessen. Schon eine alte Bauernweisheit sagt: «Wer viel auflädt, bringt wenig heim!» Bleiben wir darum realistisch. Ich wünsche mir lieber ein günstigeres Projekt, das innert nützlicher Frist realisiert werden kann, als ein Allerweltsprojekt, das vielleicht in 30 Jahren umgesetzt wird.

GUIDO MÜLLER, KANTONS RAT SVP, EBikon

Die in dieser Zeitung diskutierte Metro-Idee ist nach meiner Meinung unreif und deshalb sehr risikoreich. Als Zubringer von Tagestouristen ist dieses Projekt massiv abhängig von Wirtschaftslage, Tages- und Jahreszeit.

Deshalb müssen alle potenziellen Benutzer einbezogen werden: Schüler und Studenten, berufstätige Pendler, Besucher, Shopping-Kunden, Reisende ab Bahnhof Luzern, Touristen mit Hotelübernachtung in Luzern und die Tages-touristen.

Vielleicht kann dies gelingen mit mindestens drei, besser aber vier Knotenpunkten, zum Beispiel Bahnhof Emmenbrücke, Parkhaus Sedel/Reussegg, Schwanenplatz und - wenn möglich - Bahnhof Luzern.

Dies unter Berücksichtigung der Planung für den Tiefbahnhof. Damit wäre auch die notwendige Anbindung an den regionalen öffentlichen Verkehr gegeben.

OTHMAR DUBLER, LUZERN

INTERNET Weitere Lesermeinungen unter www.luzernerzeitung.ch

Asylwesen: Aufklärung über die Kosten wäre nötig

«Es gibt kein Badi-Verbot», Ausgabe vom 10. August

Die Flüchtlingskonvention von 1951, auf der unser Asylgesetz fusst, ist längst nicht mehr in der Lage, die sich anbahnende Völkerwanderung von Süd nach Nord zu bewältigen. Unsere Gesetzgebung und die gesamte Asylindustrie haben versagt.

Im Jahre 2012 betrug die Anerkennungsquote knapp 12 Prozent. Von 100 Asylbewerbern müssen also 88 abgewiesen werden, weil es sich nicht um an Leib und Leben bedrohte Flüchtlinge handelt. Aber die Kosten explodieren, denn es ist längst nicht getan mit den rund 1,4 Milliarden, die allein der Bund in sein Budget 2013 aufgenommen hat. Mit Rücksicht auf die über Jahre verschleppten Asylverfahren befinden sich Ende 2012 immer noch über 90 000 Menschen unter Asylrecht in der Schweiz. Die Steuerzahler bezahlen deren Kost, Logis, Kleidung und Krank-

heitskosten. Rechnen wir noch die Auslagen für Asylanten im Strafvollzug, für teure Ausschaffungen mit Flugzeugen, Gerichts-, Anwalts- und Übersetzerkosten hinzu, so dürfte die öffentliche Hand für dieses gesamte Asylunwesen jährlich gut und gerne über 6 Milliarden ausgeben.

Statt dass der Presse-Mainstream aufjault, wenn Asylbewerber Regeln unterstellt werden, wäre es wohl eher angebracht, uns Bürger endlich über die wahren Kosten aufzuklären. Die anderen Länder Europas stehen vor den gleichen Problemen. Auch sie werden sich überlegen müssen, ob man einen Teil dieser Milliarden mit gezielter und kontrollierter Entwicklungshilfe in den Herkunftsländern der Asylsuchenden nicht viel klüger einsetzen könnte. Zuerst müsste dann dafür gesorgt werden, verschiedene Despoten weltweit zu ächten. Es soll ja eine UNO geben.

WOLFGANG SIDLER, LUZERN

Lebensmittel gehören nicht an die Börse

«Die Milch wird knapp», Ausgabe vom 20. Juli

Emmi-Direktor Urs Riedener und der Verwaltungsrat der Emmi AG wollen Milch-Mehrmengen punktuell mit 10 Rappen pro Kilo belohnen, um die Sommer-Milchlieferung zu forcieren. Bei dieser Aktion fehlt jegliche Markt- und Nutzen-Transparenz zu Gunsten der Milchlieferanten. Für die Milchbauern und auch die Öffentlichkeit ist nur von Bedeutung, welchen Mehrwert, welches Einkommen, welchen Stellenwert von 0,xx Rappen je Kilogramm auf die Gesamtmilchablieferung ihre befristete Aktion ausmacht.

Zu dieser ominösen Emmi-Aktion stellen sich die Fragen: Hat der Verwaltungsrat der Emmi AG seinen überaus forschenden Direktor noch genügend unter Kontrolle? Oder ist der Verwaltungsrat dermassen der Börse verhaftet, dass er sich einem solchen

Von Gefahren und Vorsicht

Zu den Leserbriefen «Velofahrer auf dem Trottoir: Ein Scheinproblem?», Ausgabe vom 14. August

Ich lasse mich gerne (neben vielen anderen) als «Spiessbürger» titulieren, wenn ich vermeiden kann, dass Kinder, Eltern, ältere Menschen auf Trottoirs, auf Fussgängerstreifen, in Fussgängerzonen von Velofahrerinnen und Velofahrern nicht behelligt und gefährdet werden. Wie bezeichnet man wohl Leute, die diese Einstellung nicht teilen?

ROLAND GRÜTER, LUZERN

Endlich einmal vier vernünftige Leserbriefe! Besonders demjenigen von Monika Hartmann möchte ich zustimmen. Es geht nämlich auch so wie in der Stoffelgasse in Altdorf: Dort gilt allgemeines Fahrverbot, darunter weist aber ein Schild darauf hin, dass (rücksichtsvolles!) Velofahren gestattet ist.

Seit 24 Jahren, seit ich in Altdorf wohne und fast täglich die Stoffelgasse mit dem Velo befahre, manchmal auch zu Fuss gehe, kommen Fussgänger und Velofahrer gut aneinander vorbei.

Obwohl die Gasse sehr eng ist und man notfalls absteigen muss.

Zur Erinnerung: Oberstes Verkehrsgebot: «Jeder Verkehrsteilnehmer hat sich so zu verhalten, dass kein anderer Verkehrsteilnehmer mehr als nach den Umständen unvermeidbar belästigt oder gefährdet wird.» Wenn sich jeder Verkehrsteilnehmer (auch Fussgänger) danach richten würde, gäbe es viel weniger Ärger und Verbote. Dann könnte zum Beispiel ein Velofahrer aufs Trottoir ausweichen, wenn kein Mensch auf dem Trottoir ist, sich aber hinter dem Velofahrer eine lange Autoschlange staut. Und wenn Fussgänger oder Kinder oder Hundehalter auftauchen, kann man entweder wieder auf die Strasse wechseln oder absteigen.

HELMUT KRAUSS, ALTDORF

Keine Gerechtigkeit

«Dessous: Auf Tuchfühlung – mit Gold», Ausgabe vom 12. August

Zum Inhalt dieses Artikels kann ich nur sagen: Das Leben kennt weder Mass noch Gerechtigkeit. Auf der einen Seite sterben täglich unzählige Menschen an Hunger und müssen sich mit Lumpen «bekleiden». Auf der anderen Seite hängen andere Goldfäden an ihren Allerwertesten. Mehr Worte möchte ich dazu gar nicht verlieren.

MARLIS WECHSLER-TOSCANI, LUZERN

LESERBRIEFE Bitte fassen Sie sich kurz, damit möglichst viele Briefe Platz haben. Ihr Brief sollte nicht mehr als 1800 Zeichen umfassen. Die Redaktion behält sich vor, Briefe zu kürzen oder nur Auszüge zu veröffentlichen.